



A. unperfekt

**SATZUNG  
DER GEMEINDE  
BOOSTEDT  
KREIS SEGEBERG  
ÜBER DEN  
BEBAUUNGSPLAN NR. 14  
FÜR DAS GEBIET  
„DANNBARG“  
2. ÄNDERUNG**


Für 4 Teilbereiche nördlich und südlich der Straße „Dannbarg“

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 08. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2253) sowie nach § 82 der Landesbauordnung (LBO) vom 24. Februar 1983 (GVBl. Schl.-M. S. 85) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 10.12.1989 Durchführung des Anzeigeverfahrens gemäß § 11 BauGB und Genehmigung gemäß § 82 Abs. 4 LBO durch den Landrat des Kreises Segeberg folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 14 2. Änderung - Aufhebung Teilbereichung für den obigen Bereich, bestehend aus der Planzeichnung I Teil A) und dem Text I Teil B), erlassen


Verfahrensvermerke

- 1 Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 04.09.1986. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Aushang am Denkmaltagestafel vom 19.11. bis zum 02.12.1986 durch Aushang der ~~Planzeichnung~~ erfolgt.
- 2 Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB ist vom 20.11. bis 22.12.1986 durchgeführt worden. Auf Beschluss der Gemeindevertretung vom ~~02.12.1986~~ 02.12.1989 Satz 2 BauGB von der frühzeitigen Bürgerbeteiligung befreit worden.
- 3 Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 19.06.1989 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden. Die Verfahren zu den Verfahrensmerkern Nr. 3 und 5 sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB gleichzeitig durchgeführt worden. Die Begründung der Nachbargemeinden ist von der Planung ~~berücksichtigt~~ berücksichtigt § 2 Abs. 2 BauGB.
- 4 Die Gemeindevertretung hat am 11.06.1989 den Entwurf der Bebauungsplanänderung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
- 5 Der Entwurf der Bebauungsplanänderung, bestehend aus der Planzeichnung I Teil A) und dem Text I Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit vom 30.06.1989 bis zum 30.07.1989 während der Dienststunden / folgender Zeiten öffentlich ausgelegt. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungfrist von jedermann schriftlich oder zu Protokoll geltend gemacht werden können, am ~~30.06.1989~~ 16.06.1989 bis zum 29.06.1989 durch Aushang ortsüblich bekannt gemacht worden.
- 6 Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 10.12.1989 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.
- 7 Der Entwurf der Bebauungsplanänderung ist nach der öffentlichen Auslegung (Ziff. 5) geändert worden. Daher haben der Entwurf, bestehend aus der Planzeichnung I Teil A) und dem Text I Teil B), sowie die Begründung in der Zeit vom ~~30.07.1989~~ 16.06.1989 bis zum ~~30.07.1989~~ 16.06.1989 während der Dienststunden / folgender Zeiten erneut öffentlich ausgelegt. Dabei ist bestimmt worden, daß Bedenken und Anregungen nur zu den geänderten und ergänzten Teilen vorgebracht werden können. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungfrist von jedermann schriftlich oder zu Protokoll geltend gemacht werden können, am ~~30.07.1989~~ 16.06.1989 bis zum ~~30.07.1989~~ 16.06.1989 durch Aushang ortsüblich bekannt gemacht worden. Dabei wurde eine eingeschränkte Beteiligung nach § 3 Abs. 3 Satz 2 i. V. m. ~~Satz 2 BauGB~~ Satz 2 BauGB durchgeführt.
- 8 Die Bebauungsplanänderung, bestehend aus der Planzeichnung I Teil A) und dem Text I Teil B), wurde am 10.12.1989 von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluss der Gemeindevertretung vom 10.12.1989 gebilligt.


Die Richtigkeit der Angaben in den vorstehenden Verfahrensmerkern Nr. 1-8 wird hiermit bescheinigt.

GEMEINDE BOOSTEDT DEN 20.03.1989  
 DEN *Stephan*  
 BÜRGERMEISTER

9 Der katastermäßige Bestand am ~~10.12.1989~~ 16.06.1989 sowie die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung werden als richtig bescheinigt.

KATASTERAMT DEN ~~10.12.1989~~ 16.06.1989  
 LEITER DES KATASTERAMTES


10 Das Anzeigeverfahren nach § 11 Abs. 1 Halbsatz 2 und Abs. 3 BauGB ist durchgeführt worden. Der Landrat des Kreises Segeberg hat am 20.06.1989 bestätigt, daß ~~er keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend macht.~~ er keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend macht. Außerdem hat der Landrat des Kreises Segeberg die Genehmigung gemäß § 82 Abs. 4 LBO erteilt.

GEMEINDE BOOSTEDT DEN 29.06.1989  
 DEN *Stephan*  
 BÜRGERMEISTER

11 Die Satzung über die Bebauungsplanänderung, bestehend aus der Planzeichnung I Teil A) und dem Text I Teil B), wird hiermit ausgestellt.

GEMEINDE BOOSTEDT DEN 29.06.1989  
 DEN *Stephan*  
 BÜRGERMEISTER



12 Die Durchführung des Anzeigeverfahrens zur Bebauungsplanänderung, die Genehmigung gemäß § 82 Abs. 4 LBO sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am ~~10.12.1989~~ 16.06.1989 bis zum ~~10.12.1989~~ 16.06.1989 ortsüblich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist mithin am ~~10.12.1989~~ 16.06.1989 in Kraft getreten.









GEMEINDE BOOSTEDT DEN 17.02.1989  
 DEN *Stephan*  
 BÜRGERMEISTER


**TEIL „A“ PLANZEICHNUNG : Maßstab 1 : 1000**

Zeichenerklärung:  
**FESTSETZUNGEN:**  
 ■ Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes, § 9 (17) BauGB  
 Es gilt die Bauanordnungsverordnung (BauNv) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. September 1977 (BGBl. I S. 1763), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12.12.1986 (BGBl. I S. 2665).  
 Es gilt die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichnungsverordnung 1981, I. PlanZV 81) (BGBl. I S. 833 / 834, vom 22. August 1981).

Umgrenzung der Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind (Sichtdreieck), § 9 (11) BauGB.

- BAUGEBIET:** § 9 (11) BauGB  
**Art der baulichen Nutzung:** § 9 (11) BauGB und § 5 Abs. 1 BauNv  
 WA Allgemeines Wohngebiet, § 4 BauNv  
**Maß der baulichen Nutzung:** § 9 (11) BauGB sowie § 16 (2) und § 17 BauNv  
 ① Zahl der Vollgeschosse, zwingend, § 17 (4) und § 18 BauNv  
 G.R.Z. Grundflächenzahl, § 19 BauNv  
 G.F.Z. Geschosflächenzahl, § 20 BauNv  
**Bauweise:** § 9 (11) BauGB sowie § 22 und 23 BauNv  
 o Offene Bauweise, § 22 (2) BauNv  
 Nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig. Nur Einzelhäuser zulässig. Baulinie, § 23 (2) BauNv  
 ■ Baugrenze, § 23 (3) BauNv  
 Überbaubare Grundstücksfläche, § 9 (11) BauGB und § 23 (1) BauNv  
**Baugestaltung:** § 82 LBO 1983  
 Verbindliche Dachneigung, Dachform:  
 SD Dachneigung,  
 Satteldach,  
 Firstrichtung, § 9 (11) BauGB

- DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER:**  
 Katasteramtliche Flurstücksgrenze mit Grenzmal;  
 In Aussicht genommene Zuschnitte der Baugrundstücke;  
 1, 2, 3 Durchlaufende Numerierung der Baugrundstücke;  
 Grundfläche einer geplanten baulichen Anlage;  
 Vermessungslinien mit Maßangaben;  
 Radien = R für Straßenführungen;  
 Höhenlinien, bezogen auf N.N. (Normal Null);  
 Bereich der baulichen Festsetzungen;  
 Grenze des Geltungsbereiches B-Plan Nr. 14;

**NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN UND DEREN KENNZEICHNUNGEN:**  
 Vor- und frühgeschichtliche Kulturdenkmale und Fundstellen;  
 Landesaufnahme Nr. 79, Eisenverhüttungsanlage, Gemäß: LZV 100/1 - 354/3 - 31, Schleswig vom 26.08.1977



**TEIL „B“ TEXT**

- 1 Im Geltungsbereich dieser B-Plan Änderung sind pro Wohngebäude nicht mehr als 2 Wohnungen zulässig.
- 2 Für die Grundstücke 27,29,31 ist die Errichtung von Drempeln nicht zulässig.
- 3 Für die Grundstücke 27,29,31 ist die Errichtung von Dachgauben nach Norden hin nicht zulässig.
- 4 Im übrigen gelten die textlichen Festsetzungen 1-6 des Ursprungsplanes vom 1.4.1980. (Rechtskraft 16.4.1980.)